

Bremische Bürgerschaft

Landtag

18. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

21.03.14

Auswirkungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zum Streikrecht und zur Tarifübernahme für Beamte

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Feststellung des Bundesverwaltungsgerichts in seinem Urteil vom 27. Februar 2014, wonach die Besoldungsgesetzgeber in Bund und Ländern verfassungsrechtlich gehindert sind, die Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung abzukoppeln, wie sie in den Tarifabschlüssen zum Ausdruck kommt?

2. Wie bewertet der Senat die Feststellung im selben Urteil, dass verbeamtete Lehrkräfte außerhalb der hoheitlichen Staatsverwaltung tätig sind und deshalb gemäß europäischer Rechtsprechung das Streikrecht haben?

3. Welche Informationen hat der Senat darüber, bis wann die Bundesregierung die vom Bundesverwaltungsgericht geforderte Anpassung der deutschen Rechtslage an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und an die Europäische Menschenrechtskonvention vollziehen will?

Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

2.

25.03.14

Werden Professorinnen/Professoren öffentlicher Hochschulen in privaten Assessment-Centern ausgewählt?

Diese Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE wurde inzwischen zurückgezogen.

3.

25.03.14

Ritalin-Verordnungen für Kinder und Jugendliche im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die im Bundesvergleich deutlich über dem Durchschnitt liegende Verordnungsrate von Ritalin im Land Bremen?

Wie schätzt der Senat die Auswirkungen der hohen Verordnungszahlen von Ritalin auf Kinder und Jugendliche ein?

Welche Möglichkeiten sieht der Senat der gegenwärtigen Verschreibungspraxis entgegenzuwirken?

Sandra Ahrens, Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer und Fraktion der CDU

4.

25.03.14

Qualität der Versorgung von Frühgeborenen

Wir fragen den Senat:

Warum sind die Perinatalzentren des kommunalen Klinikverbundes GeNo und der kommunalen Klinik Reinkenheide bisher nicht auf der Qualitätsplattform des Gemeinsamen Bundesausschusses vertreten?

Welche Vorteile sieht der Senat darin, eine bundesweite Transparenz bei der Qualität der Versorgung von Frühgeborenen zu schaffen?

Plant der Senat, sich an der Plattform zur Qualität der Versorgung von Frühgeborenen zu beteiligen, und wenn ja, wann?

Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

5.

25.03.14

Verspätungen im regionalen Zugverkehr auf der Strecke Bremerhaven - Bremen

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Pünktlichkeit der NordWestBahn auf der Strecke zwischen Bremerhaven und Bremen und zurück seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2013 im Allgemeinen und die Pünktlichkeit der Regional-Express-Züge (RE) im Besonderen?

Wie erklärt sich der Senat die häufigen Verspätungen im Regionalverkehr auf der Strecke Bremerhaven - Bremen und zurück besonders zu den Stoßzeiten am Morgen und am Abend?

Welche mittel- und langfristigen Möglichkeiten sieht der Senat zur Erhöhung der Pünktlichkeitswerte auf der oben angeführten Strecke der Regional-Express-Züge und der NordWestBahn?

Erwin Knäpper, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

6.

26.03.14

Kriegseinsatz von Bremer Muslimen in Syrien

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele der mehr als 300 in Deutschland lebenden Salafisten, die laut Angaben des Bremer Verfassungsschutzes nach Syrien gereist sind, um die Aufständischen im Kampf gegen die Assad-Regierung zu unterstützen, sind derzeit mit Wohnsitz im Land Bremen gemeldet (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

2. Welche Erkenntnisse liegen den Bremer Sicherheitsbehörden über den derzeitigen Aufenthaltsort der beiden deutschen bzw. türkischen Staatsangehörigen, die im Januar und Februar 2014 spurlos aus Bremen verschwunden sind, vor, und gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Verschwinden dieser beiden Männer und dem in Gröpelingen ansässigen Verein Masjidu-l-Furqan?

3. Rechnet der Senat damit, dass weitere junge Muslime aus Bremen oder Bremerhaven nach Syrien reisen könnten, und wenn ja, welche Maßnahmen ergreift der Senat, um solche Personen an ihrem Vorhaben zu hindern?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

7.

26.03.14

Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Steuerpflichtige mit Wohnsitz im Land Bremen haben 2013 Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung gemäß § 371 Abgabenordnung (AO) erstattet, und wie hat sich die Zahl dieser Personen gegenüber 2012 entwickelt (bitte Zahlen getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

2. Welches steuerliche Mehrergebnis erwartet das Land Bremen aufgrund der Selbstanzeigen des Jahres 2013, und wie hoch war das Mehrergebnis im Jahre 2012 (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

3. Wie verteilt sich das Mehrergebnis in 2013 auf die einzelnen Steuerarten (bitte die fünf wichtigsten Steuerarten getrennt auflühren)?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

8.

26.03.14

Neuaufgabe des Entwicklungsplans Inklusion

Wir fragen den Senat:

1. Welche zeitlichen Planungen verfolgt der Senat, einen neuen und aktualisierten Entwicklungsplan Inklusion aufzulegen, der - ausgehend vom bisher Erreichten - Orientierungshilfen bietet und die nächsten Ziele zur Weiterentwicklung benennt?

2. Welche Ziele und weiteren Schritte sind aus Sicht des Senats bei einer Neuaufgabe des Entwicklungsplans Inklusion dabei als leitend und zentral anzusehen?

Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

9.

26.03.14

Erweitertes polizeiliches Führungszeugnis für Vereine

Wir fragen den Senat:

1. Auf welchem Stand sind die Konsultationen mit Sportvereinen, Verbänden und Trägern zur Einführung des erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses?

2. Mit welchen Einrichtungen hat es dazu Gespräche mit welchen Ergebnissen gegeben?

3. Welche Überlegungen gibt es bezüglich der Kostenübernahme des erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses?

Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

10.

26.03.14

Jugendschutz und Partydrogen in Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Einhaltung des Jugendschutzes durch Partyveranstalter in Bremen, und wie wird die Einhaltung sichergestellt?

2. Welche Kenntnis hat der Senat über die Gefährdung von Jugendlichen durch chemische Drogen, wie z. B. Crystal Meth, in Bremen?

3. Welche Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen im Hinblick auf die Gefährdung durch chemische Drogen an Schulen in Bremen werden durchgeführt und/oder sind in Planung?

Björn Fecker, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Linda Neddermann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

11.

26.03.14

Elektronische Zeichnung von Bürgeranträgen

Wir fragen den Senat:

1. Wo ist die Rechtsverordnung über die elektronische Zeichnung von Bürgeranträgen einsehbar, die im Gesetz zur Erleichterung von Bürgeranträgen und Stärkung der direkten Demokratie vom 3. September 2013 vorgesehen ist?

2. Welche Verfahren der elektronischen Zeichnung werden darin als zulässig anerkannt?

3. Wie bewertet der Senat die Option, eine derartige elektronische Zeichnung auch für Volksbegehren und Anträge auf Zulassung von Volksbegehren zu ermöglichen?

Claudia Bernhard, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

12.

27.03.14

JadeWeserPort

Wir fragen den Senat:

1. Trifft es zu, dass die am JadeWeserPort beteiligten Unternehmen Maersk und Eurogate für den Fall, dass der für 2013 zugesagte Umschlag von 700 000 Containern nicht erreicht wird, eine Konventionalstrafe an die Bauherren Niedersachsen und Bremen zu entrichten haben?

2. Wie hoch ist diese Konventionalstrafe, und welcher Anteil steht davon dem Land Bremen zu?

3. Ist die Strafe von Maersk und Eurogate bereits bezahlt worden, nachdem 2013 nur etwa 76 000 Container umgeschlagen wurden, und wenn nicht, ist das Geld vom Land Bremen eingefordert worden?

Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT

13.

11.04.14

Befürwortet der Innensenator immer noch die Vorratsdatenspeicherung?

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Beschlüsse und Forderungen, die von den SPD-Innenministern und -Senatoren in der „Hamburger Erklärung“ (5. April 2013) und der „Berliner Erklärung“ (10. April 2014) hinsichtlich der Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung formuliert worden sind?
2. Hat sich Innensenator Ulrich Mäurer gegen die Passagen der Hamburger beziehungsweise Berliner Erklärung zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen, und wenn ja, wieso wird dies - anders als im Falle des Schleswig-Holsteinischen Innenministers - nicht deutlich kenntlich gemacht?
3. Fühlen sich alle zuständigen Senatsmitglieder noch an die Vereinbarung im Koalitionsvertrag gebunden, wonach sich Bremen „gegen die Wiedereinführung der [...] Vorratsdatenspeicherung“ positioniert, und wenn ja, wird sich der Senat öffentlich von der Berliner Erklärung distanzieren?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

14.

16.04.14

Keine Stellungnahme Bremens zur Novellierung der Richtlinie Schall03

Wir fragen den Senat:

Warum hat das Land Bremen keine Stellungnahme zur Novellierung der Richtlinie zur Berechnung der Schallimmissionen von Schienenwegen (kurz Schall03) abgegeben?

War Personalmangel in der Abteilung Verkehr dafür verantwortlich, dass keine Stellungnahme zur Schall03 abgegeben wurde?

Wie plant der Senat in Zukunft solche Pannen zu verhindern, um im Bereich Verkehrslärm die notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können?

Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

15.

28.04.14

Zukünftige Betreuung von Schul-PCs durch Dataport?

Wir fragen den Senat:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die PCs an den Schulen in Bremen und Bremerhaven durch den Full Service Provider für Informationstechnik der Verwaltung Dataport betreuen zu lassen und sie in das standardisierte „BASIS.bremen“ Betriebsmodell einzubinden?
2. In welchem Umfang könnte Dataport aus Sicht des Senats Leistungen für die Schulen übernehmen?
3. Welche finanziellen, sicherheitstechnischen und personellen Auswirkungen hat ein Wechsel in der Betreuung der Schul-PCs zu Dataport mittel- bis langfristig?

Sülmez Dogan, Dr. Hermann Kuhn, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16.

06.05.14

Teilschließung der JVA Bremerhaven?

Wir fragen den Senat:

1. Ist es geplant, während der Sanierung der Vollzugsabteilung 26 (JVA Bremerhaven) eine Teilschließung der Justizvollzugsanstalt vorzunehmen, und wenn ja, welche Bereiche sollen geschlossen werden, und ab wann?
2. Wie viele Bedienstete der JVA Bremerhaven sind von einer möglichen Teilschließung betroffen, und in welche Haftanstalten sollen die Betroffenen sowie die Häftlinge für die Dauer der Baumaßnahme verlegt werden?
3. Ist gewährleistet, dass alle derzeitigen Mitarbeiter der JVA Bremerhaven ihren Dienst nach Beendigung der Sanierungsarbeiten wieder in Bremerhaven versehen werden?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

17.

06.05.14

Sanierung der JVA Bremerhaven

Wir fragen den Senat:

1. Gibt es Verzögerungen bei der Sanierung der Vollzugsabteilung 26 (JVA Bremerhaven) und wenn ja, was sind die Gründe dafür?

2. Welche Auswirkungen insbesondere in finanzieller und zeitlicher Hinsicht haben diese Verzögerungen auf die noch ausstehenden Sanierungsarbeiten der Vollzugsabteilung 26 sowie die Gesamtanierung der JVA Bremen (z. B. Kostensteigerungen, Reduzierung des geplanten Bauumfangs, Verlängerung der Bauphase)?

3. Welcher Betrag ist im Haushalt des Landes Bremen budgetiert a) für die Sanierung der Vollzugsanstalt 26 und b) für die JVA Bremen insgesamt, und welche Mittel wurden davon bereits verbraucht?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

18.

13.05.14

Mindestlohn in Integrationsprojekten und -betrieben

Wir fragen den Senat:

Wie viele Mitarbeiter in welchen Integrationsbetrieben bzw. -projekten erhalten im Land Bremen nicht den Landesmindestlohn von 8,50 Euro?

Wie begründet der Senat diese Ausnahme von der Zahlung des Mindestlohns?

Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

19.

15.05.14

Technologiewettbewerb „Smart Data“

Wir fragen den Senat:

Sind dem Senat Unternehmen bzw. Konsortien aus dem Bundesland Bremen bekannt, die sich an dem Technologiewettbewerb „Smart Data“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie beteiligen bzw. um eine Teilnahme beworben haben?

Wenn ja, wie hoch ist deren Anzahl?

Haben Wirtschaftsfördergesellschaften der öffentlichen Hand Unternehmen auf diesen Wettbewerb hingewiesen bzw. in den Bemühungen zur Teilnahme an diesem Wettbewerb unterstützt?

Jörg Kastendiek, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU